

## A6 - Neu Migrationspolitik ganzheitlich denken: Integrationshemmnisse lösen und Gesellschaft stärken

Antragsteller\*in: Mathias Schmitz (KV Pinneberg)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

1 Der Migrationsdruck im Nahen Osten ist eine fortlaufende und komplexe  
2 Entwicklung, die sich nicht vollständig aufhalten lässt. Kriege, politische  
3 Instabilität, wirtschaftliche Krisen sowie klimatische Veränderungen in der  
4 Region treiben immer mehr Menschen dazu, ihre Heimatländer zu verlassen. Diese  
5 Mischung aus politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Faktoren führt zu  
6 einem immer höheren Migrationsdruck, der absehbar nicht nachlassen wird.

7 Die anhaltende Migration führt zu gesellschaftlichen Spannungen, die sich in  
8 verschiedenen Bereichen bemerkbar machen. In Deutschland verstärken sich  
9 politische Spaltungen, Polarisierungen und bewusst erzeugte Angst. Was früher  
10 eine Debatte über humanitäre Verpflichtungen und Integration war, ist in weiten  
11 Teilen zu einem harten, oft von Ängsten und Vorurteilen geprägten politischen  
12 Schlagabtausch geworden. Dies führt zur gesellschaftlichen Wahrnehmung der  
13 Überforderung des Systems, die nicht nur organisatorische, sondern auch soziale  
14 Folgen hat.

15 Dabei zeigt die Migration am Ende nur die Probleme, die bereits in unserem  
16 System bestehen. Sie werden nur durch den Druck der Migration wesentlich  
17 sichtbar. Diese Probleme sind vielzählig, fassen auf Vernachlässigung,  
18 mangelnde Finanzierung oder falscher politischer Steuerung in den vergangenen  
19 Jahrzehnten. Für eine zielführende Lösung der aktuellen Herausforderungen gilt  
20 es, die sichtbar gewordenen Probleme anzugehen, damit am Ende alle Menschen in  
21 Deutschland profitieren. Damit stärken wir nicht nur die Integrationsfähigkeit  
22 Deutschlands, sondern arbeiten zukunftsorientiert für unsere gesamte  
23 Gesellschaft.

#### 24 1. Mangelnder Wohnraum

25  
26 Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist seit Jahren ein Problem. Studierende,  
27 ältere Menschen und junge Familien - der Druck auf den Wohnungsmarkt ist seit  
28 Jahren hoch. Gleichzeitig brauchen wir genau diesen Wohnraum, um Geflüchtete  
29 dezentral unterzubringen und eine Perspektive zu geben. Größere Unterkünfte  
30 führen zu gesellschaftlichen Spannungen und helfen vielmals nicht der  
31 Integration. Zielsetzung unserer Politik muss es sein, mit bezahlbaren  
32 Wohneinheiten in höheren und verdichteten Bauen im Zusammenspiel einer gut  
33 zusammenarbeitende Sozial- und Stadtplanung den Herausforderungen  
34 entgegenzutreten.

35  
36 Schleswig-Holstein ist bei der Förderung des sozialen Wohnungsbaus sehr weit  
37 vorn, das zeigt auch die starke Nachfrage der der Förderung durch Bauwirtschaft.  
38 Allerdings können durch staatliche Förderungen allein die Preissteigerungen der  
39 letzten Jahre im Wohnungsbau nicht aufgefangen werden.

40  
41 Daher muss das Land gleichzeitig Standards für preisgedämpften Wohnraum setzen,

42 um ein weiteres Werkzeug für alle Kommunen in Schleswig-Holstein zu schaffen,  
43 wie zum Beispiel mit dem kürzlich vorgestellten Regelstandard für vereinfachtes  
44 Bauen.

#### 45 1. Mangelnde Sprachförderung

46 Alle Menschen, die in Deutschland Fuß fassen, müssen Deutsch gut lernen können,  
47 um sprachlich barrierefrei durch das Leben kommen. Dies ist ein wichtiger  
48 Schritt in der Integrationsfähigkeit von Geflüchteten. Solange ein ausreichendes  
49 Angebot fehlt, Wartezeiten zu lang sind, bürokratische Anforderungen an  
50 bundesgeförderte Sprachangebote zu hoch, benötigen wir weiterhin ein ergänzendes  
51 Sprachkursangebot des Landes. Wir müssen das Angebot zu den Menschen vor Ort  
52 bekommen, um Angebote für alle zu schaffen und besonders Frauen in ihren  
53 Sprachfertigkeiten weiterzubilden. Mit der Ausweitung der arbeitsmarktbezogenen  
54 Sprachtrainings des Beratungsnetzwerks "Alle an Bord" wollen wir ein effektives,  
55 niedrigschwelliges Angebot, das sich bereits bewährt hat, auf ganz Schleswig-  
56 Holstein ausweiten."

#### 57 1. Arbeitsmarkt

58 Migranten haben immer noch rechtliche Barrieren, die ihnen die Aufnahme einer  
59 Erwerbstätigkeit zu lange untersagt und in Folge eine Einstellung nur unter zu  
60 hohen bürokratischen Herausforderungen für Arbeitnehmende und Arbeitgebende  
61 möglich ist. In einer Zeit, in der Arbeits- und Fachkräfte in unserer Wirtschaft  
62 fehlen, ist dies nicht nur eine Fehlsteuerung im Bereich der Integration,  
63 sondern auch in der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes.

64 Als Partei setzen wir uns für einfache Wege ein, damit Migranten Arbeit  
65 aufnehmen können: Bürokratiearm für Unternehmer:innen und ohne einen Wust an  
66 Formularen für den Arbeitnehmenden. Dies hilft nicht nur bei der Sicherung  
67 unserer Wirtschaftsfähigkeit, sondern mindert die Notwendigkeit an staatlichen  
68 Zuschüssen und baut Sprachkenntnisse durch das gesellschaftliche Miteinander  
69 aus.

#### 70 1. Anerkennung beruflicher Qualifikationen

71 Für jeden Ausbildungsberuf brauchen wir einen modularen Qualifikationsrahmen.  
72 Innerhalb eines solchen Qualifikationsrahmens brauchen wir Prüfungen, mit denen  
73 ermittelt wird, welche Qualifikationsmodule ein Mensch beherrscht und welche  
74 Lücken bestehen, so dass hier gezielt nachqualifiziert werden kann, um einen  
75 vollwertigen Berufsabschluss zu erreichen. Auch ohne Nachqualifikation kann so  
76 ein offizielles Prüfungsergebnis klar aufzeigen, wo die beruflichen  
77 Qualifikationen nachweislich vorhanden sind.

78 Dies unterstützt nicht nur die Möglichkeiten der Nachschulungen von  
79 Geflüchteten, sondern macht das System variabler und entspricht den aktuellen  
80 Bedürfnissen des Arbeitsmarkts.

81 Bei der formalen Anerkennung beruflicher Qualifikationen anhand von vorhandenen  
82 Zeugnissen brauchen wir bundesweit einheitliche Standards.

#### 83 1. Schulische Bildung

84 Unser Bildungssystem kränkelt seit langem, Schulen sind nicht mehr in einem  
85 modernen Zustand, Räume für eine angemessene Beschulung sind nicht in  
86 ausreichender Zahl verfügbar. Die Kommunen können die notwendigen Investitionen  
87 nicht selbständig leisten, es braucht Land und Bund mit einem  
88 Investitionsprogramm Schule, um die Grundsubstanz unseres Lernens für die  
89 Zukunft zu erneuern. Gleichzeitig müssen wir die DaZ-Klassen weiterhin gut  
90 ausfinanzieren. Es braucht ausreichend Lehrpersonal, um eine gute Integration in  
91 den Regelunterricht und die Einbindung von Schüler:innen in die Klassen- und  
92 Schulgemeinschaft zu gewährleisten.

### 93 1. Frühkindliche Bildung

94 In der frühkindlichen Bildung liegen hohe Potenzial der Integration. Junge  
95 Menschen haben eine hohes Lernpotenzial im Bereich Sprache und lernen früh ein  
96 breites Spektrum an gesellschaftlichen Kompetenzen. Dies gilt aber nicht nur für  
97 Kinder von Migranten, sondern für alle Kinder in Deutschland. In den letzten  
98 Jahren sehen Eltern viel zu häufig die Situation, dass Kita-Plätze nicht  
99 ausreichend zur Verfügung stehen. Ein Konkurrenzkampf ist vielmals das Resultat  
100 und leitet zu Neid gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen. Dieser  
101 gesellschaftlichen Entwicklung muss vorgebeugt werden. Wir müssen vermehrt dafür  
102 sorgen, dass die Kommunen ausreichend Kita-Plätze vor Ort haben - das bedarf  
103 Neu- oder Anbau von Gebäudekapazitäten, aber auch eine ausreichende Anzahl an  
104 Erzieher:innen. Wir sind hier auf einem guten Weg, müssen aber weit mit Druck  
105 vorangehen, um im Bereich Kita im Sinne der Integration und Gleichberechtigung  
106 der Mangellage entgegenzutreten.

### 107 1. Psychotherapeutische Versorgung

108 Traumatische Erlebnisse auf der Flucht oder auf Grund kriegerischer  
109 Auseinandersetzungen im Heimatland sind bei vielen Teil ihrer Fluchtgeschichte.  
110 Hinzu kommt die allgemeine Steigerung an psychischen Krankheiten, die besonders  
111 seit der Corona-Pandemie angestiegen sind. Es ist also eine Aufgabe für unser  
112 gesamtgesellschaftliches Zusammenleben, die psychotherapeutische Versorgung in  
113 unserem Land auf den angewachsenen Bedarf auszuweiten und mehr kassenärztliche  
114 Plätze zu schaffen.

### 115 1. Ärztliche Versorgung

116 Grundsätzlich ist festzustellen, dass wir in Deutschland eine gute ärztliche  
117 Versorgung haben. Ausgerechnet die zahnmedizinische Versorgung zu  
118 problematisieren ist reine Polemik. Klar zu beobachten ist allerdings eine  
119 abnehmende Versorgung in ländlichen und eine Überversorgung in urbanen Gebieten.  
120 Diesen Trend können wir nicht einfach hinnehmen, sondern wir müssen  
121 gegensteuern, um die medizinische Grundversorgung sicherzustellen, indem wir die  
122 Kommunen in der Einrichtung von kommunalen medizinischen Versorgungszentren  
123 helfen und strukturschwache Räume in der Bedarfsplanung vermehrt  
124 berücksichtigen.

### 125 1. Kulturelle Integration

126 Kulturelle Integration im Kontext von Migration ist entscheidend für den  
127 gesamtgesellschaftlichen Wandel, der durch die zunehmende Diversität geprägt  
128 wird. Aktuelle Herausforderungen ergeben sich oft durch mangelnde Teilhabe von

129 Migrant:innen am gesellschaftlichen Leben, Sprachbarrieren und soziale  
130 Segregation. Zudem sehen wir gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, die die  
131 Lehratmosphäre in einigen Schulen einschränken. Das Startchancenprogramm setzt  
132 einen ersten Ansatz in der Lösung dieser Probleme. Weitergehend muss unser  
133 Lösungsansatz in einer Förderung interkultureller Kompetenzen ab dem  
134 Kindergartenalter liegen. Dazu gehören die frühzeitige Sprachförderung in  
135 Kindergärten und Schulen, die Unterstützung von Lehrkräften durch ausreichende  
136 Schulsozialarbeit und der Förderung interkultureller Programme durch die  
137 Schulen, beispielsweise zur verstärkten Vermittlung gemeinsamer Werte.

#### 138 1. Stärkung des Ehrenamts

139 Viele Angebote der Inklusion, ob Sprachangebote, Willkommenscafé und Tafeln,  
140 aber auch Sportvereine - all diese ehrenamtlichen Institutionen schaffen einen  
141 wesentlichen Teil der deutschen Integrationsarbeit. Diese Angebote und die  
142 Menschen dahinter sind an ihren Belastungsgrenzen. Zu hoch sind bspw.  
143 bürokratische Hürden in der Beantragungen von Förderungen, der Anschaffung von  
144 Hilfsmitteln und dem Aufbau einer hauptamtlichen Struktur. Die Ehrenamtsangebote  
145 brauchen mehr finanzielle Unterstützung und Hilfestellungen. Die Kreise und  
146 große Städte sollen dafür eine hauptamtliche Stelle für Ehrenamtsmanagement  
147 aufbauen, um durch Netzwerke, förderrechtlichen Hilfsangeboten und persönlicher  
148 Beratung vor Ort die ehrenamtlichen Angebote zu stärken. Aber auch Migranten  
149 sind willens, sich ehrenamtlich zu engagieren. Insbesondere bei Tafeln ist die  
150 Integration von Migranten im Ehrenamt gelebte Praxis.

#### 151 1. Finanzielle Ausstattung / Schuldenbremse

152 Es ist klar, durch Anerkennung der Probleme und der Verdeutlichung in der  
153 Öffentlichkeit ist ein erster Schritt gemacht. Es braucht jedoch vor allem  
154 finanzielle Mittel, um die Maßnahmen umzusetzen und gesamtgesellschaftlich einen  
155 Schritt Richtung Zukunft zu gehen. Gleichzeitig erleben wir eine Debatte, bei  
156 der die Schuldenbremse, die aus Sicht vieler Ökonom\*innen reformbedürftig ist,  
157 in einigen Parteien als Heiligtum unserer Verfassung hochgehalten und als  
158 unveränderbar gehandelt wird, gleichzeitig aber das Grundrecht auf Asyl in Frage  
159 gestellt und eine Verfassungsänderung als probates Mittel gehandelt wird. Für  
160 uns ist klar, wenn wir über eine Verfassungsänderung reden, die die Probleme  
161 unserer Gesellschaft lösen soll, dann muss dies die Reform der Schuldenbremse  
162 hin zu einer investitionsoffenen, zukunftsgerichteten Schuldenregelung sein.

163 Mathias Schmitz, KV Pinneberg  
164 Lukas Unger, KV Pinneberg  
165 Ann Christin Hahn, KV Pinneberg

## Unterstützer\*innen

Jessica Leutert (KV Kiel); Yann Aretin Eggert (KV Pinneberg); Reinhard Junge (KV Plön); Uta Bergfeld (KV Schleswig-Flensburg); Björn Radke (KV Segeberg); Britta Klingspor (KV Ostholstein); Sabine Loof (KV Pinneberg); Oliver Lorentzen (KV Pinneberg); Sönke Dibbern (KV Schleswig-Flensburg); Markus Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg); Birte Duggen (KV Lübeck)